

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 87 (1993)
Heft: 6

Artikel: Brief aus dem Nationalrat : "Sicherheit"
Autor: Leemann, Ursula
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143774>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

pen ohne die Kontrolle einer haltbaren zentralen Autorität zusammengeschmiedet bzw. gegeneinander gehetzt.

Für eine glaubwürdige Flüchtlings- und Aussenpolitik der Schweiz

Ich erwarte von der Schweiz, dass sie nicht nur Flüchtlinge aufnimmt und unterstützt, wozu sie sich zögernd und in ungenügender Masse entschlossen hat. Alle Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina müssen von der Eidgenossenschaft als *politisch verfolgt* und vertrieben anerkannt

werden. Sonst verliert die schweizerische Politik jede Glaubwürdigkeit.

Unsere Aussenpolitik hätte nichts zu befürchten und international viel Verdienst und Ansehen zu gewinnen, wenn sie sich dafür einsetzen würde, dass die westlichen Staaten endlich entschlossen politisch handeln, um den *entsetzlichen Krieg* in Bosnien-Herzegowina zu *beenden* und eine Ausweitung der drohenden faschistischen Angriffe auf Kosovo, auf Mazedonien und auf andere Teile des ehemaligen Jugoslawien zu verhindern.

Brief aus dem Nationalrat

«Sicherheit»

«Wir müssen die Seetalbahn sanieren; es ist die unfallträchtigste Bahnstrecke der Schweiz. Autobusse sind im bereits jetzt völlig überlasteten Vorortsverkehr schlicht unmöglich.» «Eine Sanierung zu diesem Preis können wir uns einfach nicht leisten. Wenn die Sicherheit tatsächlich das Hauptargument ist, so muss die Bahn sofort stillgelegt werden. Jeder Unfall ist ein Unfall zuviel.» Die Frage – möglich oder nicht? – bleibt offen. (Finanzkommission des Nationalrats, Montag)

Gemäss bürgerlicher Mehrheit im Zürcher Kantonsrat wird auf die Zugsbegleitung in der S-Bahn verzichtet. Einzeln auftretende Zugsbegleiter und Zugsbegleiterinnen fühlen sich oft selber zu unsicher – die Sicherheit in den Zügen kann durch Patrouillen gewährleistet werden. Entscheidend: Diese Patrouillen sollen nur halb so viel kosten wie die Zugsbegleitung. (Tageszeitung, Dienstag)

Die Prämien für Hausratsversicherungen werden massiv angehoben, entsprechend der steigenden Zahl von Einbruchdiebstählen. Exponierte Häuser ohne aufwendige technische Sicherheitsanlagen

sollen bald einmal überhaupt nicht mehr versicherbar sein. (Tageszeitung, Mittwoch)

Sicherheitsangestellte auf dem Flughafen Kloten (zu 65 Prozent Frauen) arbeiten ohne soziale Absicherung. In Teilzeit und im Schichtbetrieb auf Abruf angestellt, wären viele von ihnen auf ein garantiertes Stundenminimum dringend angewiesen. (Tageszeitung, Donnerstag)

Wie ein menschliches Grundbedürfnis schamlos missbraucht wird

Die Meldungen sind für sich allein genommen von beschränkter Tragweite; ich empfinde sie aber als symptomatisch für unsere Gesellschaft und ihr schizophrenes Verhältnis zur «Sicherheit». Sie sind zu sehen vor einem Hintergrund andauernder Sicherheitsdebatten umfassender Art. Sicherheit gehört zu den menschlichen Grundbedürfnissen; anders wären auch alle unsere Versicherungen nicht zu verstehen. Aber was heisst überhaupt Sicherheit? Die Frage beschäftigt mich seit langem.

In den letzten Wochen war oft genug die Rede von der *militärischen Sicherheit*. Von teuren Flugzeugen, die unsere Sicherheit erhöhen sollen. Beim gleichzeitigen Wissen darum, dass selbst ein «konventioneller» Krieg in einem dichtbesiedelten und höchst-industrialisierten Land wie dem unseren so oder so dem kollektiven Selbstmord gleichkommt. Die Verkehrssicherheit haben wir lange genug durch die möglichst vollkommene und aufwendige Trennung der Verkehrsteilnehmer zu erreichen versucht. Die sichersten Strassen sind die Autobahnen, wird uns immer wieder versichert. Nun stossen wir allerdings an Grenzen finanzieller und anderer Art. Denn irgendwo müssen die getrennten Ströme ja auch wieder zusammenfliessen. Und die Ressourcen, die Lebensräume, die Lebensqualität sind nicht in die Rechnung eingegangen...

In diesen Bereichen will ich niemandem in unserem Land unterstellen, dass ihm oder ihr nicht tatsächlich gelegen sei an mehr Sicherheit, Sicherheit verstanden als Vermeiden von Katastrophen, von Krieg und von Unfällen. Fragwürdig ist vielmehr die Methode: die Symptombekämpfung und die Prioritätensetzung. Ich empfinde es als schizophren, wenn die *lokale und kurzfristige «Sicherheit»* erhöht werden soll mit Mitteln, die eindeutig die *längerfristige globale Gefährdung* verstärken, wie dies Waffenproduktion und Energieverschleuderung zweifellos tun, und mit Geld, das anderswo dringender gebraucht würde. Es liessen sich andere Beispiele anfügen, wie Atomanlagen oder Gentechnologie, wo Sicherheit als erklärtes Ziel mit viel Aufwand angestrebt wird. Wo sie aber ohne «Restrisiko» von kaum kalkulierbarem beängstigendem Ausmass nicht zu haben ist. Zur tatsächlichen Sicherheit müssten grundlegende Weichen anders gestellt werden, in Richtung Bescheidung und Verzicht.

Auch die Forderung nach mehr *persönlicher Sicherheit*, der Sicherheit vor kriminellen Übergriffen, würde ich hier einreihen, wenn sie nicht derart schamlos politisch missbraucht würde. Die SVP-

Inserate, die dem «roten» Stadtrat die Schuld an der wachsenden Unsicherheit in den Strassen Zürichs zuweisen, sind unter der Gürtellinie (Tageszeitung, Donnerstag). Natürlich wäre es wünschenswert und auch möglich, die Kriminalität wirksamer als heute zu bekämpfen. Beispielsweise mit mehr Polizei. Dies würde allerdings entsprechend mehr kosten, und da fängt jeweils auch gleich der bürgerliche Widerstand an. Und fatalerweise könnten entscheidende Wirkungen nur bei einer Repression von gigantischem Ausmass erwartet werden. Diktatorische Regime versuchen diesen Weg; als Vorbild sind sie kaum geeignet.

Zumindest die *Drogenkriminalität* liesse sich durch eine Drogenliberalisierung drastisch einschränken. Dagegen wehrt sich bekanntlich die Rechte. Und um wirklich an die Wurzeln des Problems zu kommen, bräuchte es eine solidarischere Gesellschaft, bräuchte es weniger blanken Materialismus, weniger Gewaltverherrlichung. Bietet die SVP in irgendeiner Art Hand dazu? Sie beschränkt sich darauf, die Angst der Leute für ihre Zwecke zu benützen.

Zwischen den Gegenpolen von Angst und Freiheit

Schwieriger dünkt mich die Diskussion der Sicherheit im menschlich-sozialen Bereich. «Sicherheit» hat zwei Gegenpole: Angst ist der eine. Es ist unwürdig und intolerabel, wenn Menschen Angst um ihre Existenz haben müssen. Deshalb kommt der *sozialen Sicherheit*, das heisst der Absicherung der physischen und gesellschaftlichen Existenz, für die Sozialdemokratie höchste Priorität zu. Deshalb setzen wir uns für bessere Sozialversicherungen und gegen die Ausgrenzung von Menschen ein.

Ich habe kein Verständnis dafür, dass wir selbst bei an und für sich unbestrittenen Anliegen, von der Mutterschafts- bis zur Arbeitslosenversicherung, auf so viel *politischen Widerstand* stossen. Für die bürgerlichen Unternehmer und ihre Anhänger, die lieber heute als morgen soziale Siche-

rungen abbauen und sich abhängigere und gefügigere Arbeitskräfte verschaffen wollen. Die wohl von Markt und Risikobereitschaft predigen, sich aber mit Kartellen und Garantien verschiedener Art auf Kosten der Allgemeinheit absichern. Für die Gutsituerten, die ihre ganze Habe vom teuren Schmuck bis zum Regenschirm auf den letzten Rappen versichern, aber bei den Steuern nichts als sparen wollen. Ich habe auch kein Verständnis für diejenigen, die die Angst vor Andersartigen und Fremden schüren. Diese Angst wird insbesondere dort missbraucht, wo gerechtfertigte gesellschaftliche und ökonomische Befürchtungen (beispielsweise betreffend Lohn-dumping) vermengt werden mit irrationalen Ängsten.

Auf der rationalen Seite wäre es mit gutem Willen durchaus möglich, Lösungen oder mindestens Verbesserungen zu erreichen, um die Angst abzubauen. Auf der gefühlsmässigen Ebene aber ist die Sache schwieriger, und der Mensch braucht zum Sichersein natürlich *mehr als materielle*

Sicherung. Ohne solidarische Beziehungen zu anderen Menschen, ohne geliebt oder mindestens akzeptiert zu werden, ist ein Leben ohne Angst nicht möglich. Und ohne Spiritualität: Wie anders wollten wir mit der drohenden Sinnlosigkeit und dem Tod umgehen können. Für all das gibt es keine Versicherung, und politisch können wir nur versuchen, die bestmöglichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Die materielle Existenzsicherung für alle und das Bekämpfen von Ausgrenzungen aller Art gehören als Voraussetzungen dazu.

Der zweite Gegenpol zur Sicherheit sind Freiheit und Risikobereitschaft. Natürlich meine ich damit nicht die Freiheit zum ungehinderten Profitieren und Spekulieren auf Kosten anderer Menschen oder der Natur. Aber Freiheit vom totalen Abhängig- und Verwaltetsein, Freiheit, Eigenes und Neues zu denken, zu wagen, zu leben. Es ist unsere Aufgabe, auch da immer wieder ein richtiges menschliches Mass zu suchen.

Ursula Leemann

Diese unsere kapitalistische Welt, in der wir leben, weil es keine andere für uns gibt, ist nach dem Prinzip eingerichtet: Du musst begehren deines Nächsten Haus! Du sollst den Markt gewinnen wollen, den die Engländer haben (...), du sollst das Brot essen, das eigentlich der russische Bauer selbst essen sollte, du sollst dir eine Fabrik gründen und damit alle älteren Betriebe verdrängen (...), du sollst – begehren.

(Friedrich Naumann [1860–1919], zitiert nach Arnold Künzli, Trikolore auf halbmast, Zürich, 1992, S. 52)